

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint wöchentlich

mit amtlicher Fremdenliste

Leinhardstr. 41

Bezugspreis monatlich 90 Pf. Durch die Post im Nachbatterbezirk 2.95 Mk. in Württemberg 2.80 Mk. Vierteljährlich, vierteljährlich 3.00 Mk. Druck und Verlag des G. Hofmann'schen Buchdruckers (Inhaber: G. Reinhardt) für die Redaktion verantwortlich: G. H. H. Wildbad

Anzeigen 12 Pf. von auswärtig 15 Pf. die Zeile über deren Raum. Reklame 25 Pf. die Zeile. Bei Anfertigung, wo Anfertigung in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Anzeigen 10 Pf. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pf.

Nr. 121

Freitag, den 24. Mai 1919

36. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Zuversicht.

Wenn ein großes Leiden des Gemüts alles um uns her zu Nacht verfinstert und darin der letzte Hoffnung- und Freudensstrahl ausstirbt, welchen der Himmel ankündigen konnte: glaube doch niemand, daß die ewigen Sterne selbst ausgelöscht seien! Sie leuchten noch über den Wölfen. Alles Leid ist nur Gewölle. Es entspinnt sich und zerbricht.

Wochenrundscha.

Am 20. Mai ist die Beantwortung seit v. Clemenceau am 7. Mai bei der Uebergabe des Brest-Vertrags der deutschen Abordnung stellte, abgelesen. Am 20. Mai erbat Graf Brockdorff-Rangau eine Fristverlängerung, indem er die Ueberreichung weiterer Noten gegen einzelne Punkte der Friedensbedingungen ankündigte, die inzwischen auch dem Obersten Rat zugestellt worden sind. Ferner mußten die Gegenvorschläge der deutschen Reichsregierung doch auch noch von der Gegenseite geprüft werden, und vor dem 22. Mai konnten sie nicht in Versailles sein. Vom Inhalt dieser Gegenvorschläge hat man zuerst etwas durch ein englisches Blatt erfahren, dem er durch seinen Berichterstatter in Berlin telegraphisch wurde, obgleich die Verhandlungen darüber streng geheim waren. Wie das zugegangen ist, daß der Engländer die Kenntnis von den Gegenvorschlägen erhielt, ist noch ein Rätsel. Wir sind, wie Brockdorff sagte, eben immer noch von Spionen umgeben und das wird sich nicht mehr ändern. Im übrigen scheint der englische Bericht zutreffend zu sein, er ist wenigstens nicht widerlegt worden. Die Hauptpunkte haben wir mitgeteilt. Das Wichtigste ist, daß die deutsche Regierung gegenüber der Forderung der Gebietsabtretung sich nicht schlechthin ablehnend verhält; sie verlangt aber, daß in gemischten oder rein deutschen Gebieten eine Volksabstimmung entscheidend sein solle.

Beinahe wider Erwarten ist die Fristverlängerung nicht abgelehnt worden, vielmehr hat Clemenceau mitgeteilt, die „Alliierten und Assoziierten“ gewähren eine Fristverlängerung bis zum 29. Mai. Dann muß die deutsche Abordnung sich entscheiden, ob sie unterzeichnen oder nicht unterzeichnen will. Naturgemäß werden dann noch einige wenige Tage zugegeben, bis die Reichsregierung und die deutsche Nationalversammlung das Wort gesprochen haben. Das in der Zwischenzeit irgend etwas von Belang für und erreicht werden könnte, glaubt wohl niemand mehr. So recht kennzeichnend für die Lage ist ja die Antwort Clemenceaus auf die Note Brockdorffs vom 13. Mai betr. die Schuldfrage. Brockdorff hatte darin ausgeführt, daß die deutsche Bereitwilligkeit zur Schadenersatzung noch nicht die Anerkennung der Schuld am Kriege bedeute; er verlange zur Klärung der Schuldfrage die Aufhebung des Materials, auf Grund dessen die Alliierten und Assoziierten die Schuld Deutschland zuschieben. Mit schneidendem Hohn erwiderte Clemenceau, wer die Verpflichtung der Entschädigung anerkenne — und das habe Brockdorff getan —, der gestehe auch seine Schuld ein. Das Beweismaterial gehe aber die Deutschen gar nichts an, das sei eine innere Angelegenheit der Alliierten. Von einem solchen Geist ist nichts zu erwarten, wenigstens nichts Gutes. Marshall Koch brennt offenbar darauf, als „Sieger“ in das wehrlose Deutschland einzuziehen und die Engländer bereiten sich für eine neue Verschärfung der Blockade vor, die strenger werden soll, als im regelrechten Krieg, soll doch damit den Neutralen, die jetzt bei Deutschlands Ohnmacht dem neuen Dreieck auch auf Gnade und Ungnade überliefert sind, die Auflage gemacht werden, überhaupt nichts mehr nach Deutschland zu liefern.

Wir sind also nicht nur gegen das Eindringen der Feinde wehrlos, sondern mit dem unabwendbaren Auswegern bedroht. Die eigenen Vorräte reichen, wenn die „Sieger“ sie nicht auch noch wegnehmen oder zerstören, höchstens bis Mitte Juni. Dann ist es vorbei und wir sind gezwungen, auch den härtesten Bedingungen und zu unterwerfen. Die Hoffnung, daß aus dem feindlichen Lager selbst Hilfe für und komme, hat jetzt kein Kind mehr; die sozialistischen Parteien in Frankreich und England haben zum Teil zwar gegen die Friedensbedingungen protestiert, aber dabei ist es geblieben und wird jedenfalls vorläufig bleiben. Was die Reichs-

regierung nun tun wird, ist noch nicht bekannt. Sie hat den Vertrag als unannehmbar, weil unerfüllbar, bezeichnet, aber es scheint doch, als ob innerhalb der Regierung die Auffassung Boden gewinne, daß auch ein unannehmbare Vertrag in der Zwangslage, in der das Reich sich befindet, nicht mehr abzuwenden sei und daß nichts übrig bleibe, als ihn mit Protest zu unterzeichnen. Können wir den Vertrag nicht einhalten, so liegt es nicht an uns; vielleicht ist dann die Zeit unter Bundesgenossen. Man hat den Eindruck, daß in Blützen, die mit der Regierung Fühlung haben, auf diese Lösung vorbereitet werden. Und man wird zugeben müssen: wird dieser Friede, der allerdings wie der französische Senator Sembat ganz richtig sagte, kein Friede, sondern eine Fortsetzung des Kriegs mit andern Mitteln ist, angenommen, dann ist Deutschland verloren; wird er abgelehnt, dann ist es nicht weniger verloren.

Um das künftige Schicksal Deutschlands kümmern sich die Feinde keinen Deut. Frankreich würde es am liebsten ganz aufgeben, um die erträumte Vordringerschaft auf dem europäischen Festland unbeschränkt zu besitzen; England wird alles daran setzen, um dem verhassten Wettbewerber jegliches Emporkommen für alle Zeiten unmöglich zu machen; und die Amerikaner haben an Deutschland kein anderes Interesse als das des Kontrahentenstands. Wenn daher der republikanische Senator Lodge in Washington dem Völkerbund eine hohe Angelegenheit hat und ganz Amerika zum Kampf dagegen aufrufen will, so hat er dabei bloß die amerikanischen Sonderinteressen im Auge. Nicht aus Gerechtigkeitsgefühl oder gar aus Mitleid gegen das überlistete Frankreich; sondern es paßt den Amerikanern nicht, daß der genannte Völkerbund, der in Wahrheit ein Dreieck Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gegen Deutschland geworden ist, den Bundesgenossen Frankreichs die Verpflichtung auferlegt, diesem 1918 bei einem Konflikt mit Deutschland, der ja im Juni 1918 so ungemein leicht herbeizuführen ist — selbstverständlich immer durch die Schuld Deutschlands —, Waffen lie zu leisten. Den Engländern ist jede solche Gelegenheit aus den angegebenen Gründen willkommen, die Amerikaner aber möchten sich unter allen Umständen die Freiheit bewahren, denn es könnten Verhältnisse eintreten, die es den Amerikanern gar nicht vorteilhaft erscheinen ließen, für Frankreich sich in Unkosten stützen zu müssen.

Die Engländer aber scheinen mit dem Geschäft des Weltkriegs sehr zufrieden zu sein. Der Lebenshunger Deutschlands ist erledigt, die Türkei nicht minder und bei der Verteilung der Beute in Vorderasien hat Großbritannien sich den Löwenanteil gesichert. Arabien erhält einen Scheinlohn, d. h. es kommt ganz unter englischen Einfluß, ebenso Palästina. Die Bagdadbahn ist von Deutschland nun für England gebaut worden, und dazu kommt das „Mandat“ des Völkerbunds für England über Mesopotamien, mit anderen Worten, das wichtige Land geht in englischen Besitz über. Die Landbrücke von Kgypten nach Ostindien, das nächste Ziel Englands nach Beendigung des Burenkriegs seit 1902, ist erreicht. Nun geht es daran, auch noch Afghanistan zu erobern und das kann es jetzt leicht, da Rußland, das allein es bisher daran gehindert hat, so ohnmächtig ist wie Deutschland. An dem Einmarsch der Engländer in dem wichtigen „Pufferstaat“ von ehemals sind natürlich die Afghanen schuld, sie haben das indisch-englische Reich „angegriffen“, wie Reuters meldet. Es versteht sich von selbst, daß sie dafür ebenso „bestraft“ werden, wie Deutschland bestraft werden mußte. Das sieht Wilson ganz ein.

Die ungeheure Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens durch die englische Blockade erfährt eine grelle Beleuchtung durch eine Denkschrift, die das Reichs Ernährungsamtinspektor über die Verluste der deutschen Landwirtschaft soeben veröffentlicht hat. Wir entnehmen der Darlegung nachstehende Einzelheiten: Infolge der Unterbindung der fremden Zufuhren von Kraftdünger sanken die Ernteerträge für Winterweizen von 25,2 auf 18,3 Doppelzentner vom Hektar, für Winterroggen von 19 auf 13,8, für Wintergerste von 24,7 auf 18,4, für Kartoffeln von 168,3 auf 111, für Zuckerrüben von 307 auf 248 Doppelzentner usw. Dabei kamen unsere Wälder in Folge der fehlenden Futtermittelzufuhr und der verminderten Futtermittelherstellung unter Viehstand bedrückt worden sowohl nach der Menge wie nach der Weisheit. Für die Kriegsjahre und die nächsten 5 Friedensjahre, innerhalb welcher letzterer die Denkschrift glaubt, einen Ausgleich annehmen zu dürfen, wird der Verlust folgendermaßen berechnet: Gesamtverlust an Substanz beim Schlachtwiehe 3,8 Millionen Tonnen Fleisch (gleich 5,8 Milliarden Mark), bei Vögeln 2,1 Milliarden Mark (Verminderung des Bestands um 427.000 Stück), bei Geflügel 379 Millionen Mark (Verminderung um 38 Mill. Stück). Der Viehhäufung beträgt somit 8,3 Milliarden Mark. Die Nährstoffarmut der Böden beträgt an Stickstoff 1,9 Mill. Tonnen, an Phosphorsäure 3,1 Mill. Tonnen im Gesamtwert von 3,2 Milliarden Mark, die Wertverminderung an Humusausreichung infolge des anfallenden Stalldüngers 1,5 Milliarden Mark, der Arbeitsaufwand gegen Unkrautschäden 1,8 Milliarden Mark, somit beläuft sich der Verlust an organischer Substanz auf 6,6 Milliarden Mark und der gesamte Substanzschaden auf 14,9 Milliarden Mark. Der verminderte Ertrag durch die Anbau von Brotgetreide um 3,9 Mill. Tonnen jährlich ergibt einen Gesamtschaden in den Kriegsjahren von 1,4 Milliarden Mark, bei Kartoffeln von 334 Mill. Mark, an Zucker 2,67 Mill. Tonnen oder 4 Milliarden Mark. Der Anfall an Begehrtheiten erreicht also eine Höhe von 9,6 Milliarden während des Kriegs, und da er während der nächsten 4 Jahre kaum geringer sein wird, ist der Gesamtschaden auf 19,2 Milliarden Mark zu beziffern. Zu dem angeführten Verlust an organischer Substanz des Viehstands kommt aber noch der Verlust in der Fleischherzeugung von 3,8 Mill. Tonnen, entsprechend einem Jahresverlust von 4,3 Milliarden Mark, und diese Verluste setzen sich fort, bis der Viehstand seine alte Höhe erreicht haben wird. Wenn man die Schädigungen dieser Nachkriegszeit auf 15,8 Milliarden ansetzt, ergibt sich ein Gesamtverlust in der Fleischherzeugung von 32 Milliarden und in der Milchherzeugung von 17,4 Milliarden Mark. Die Inlandslebensherzeugung hat eine Verminderung von 5 Milliarden Stück auf 2,6 Milliarden erfahren, was einem Wertverlust von 6,6 Milliarden Mark für die Kriegsjahre entspricht. Die Vollerzeugung zeigt einen Rückgang von 81 Millionen Mark, während die Gewinnung von Honig und Wachs einen Schaden von 123 Mill. Mark ergibt. Bei einem Gesamterzeugungsausfall von rund 76,3 Milliarden und einem Substanzschaden von 14,9 Milliarden beträgt also der Verlust der deutschen Landwirtschaft entstehende Gesamtschaden etwa 91 Milliarden Mark. Bringt man für die durch die unterbundene Einfuhr erwarteten Aufwendungen mit etwa 11,7 Milliarden in Abzug, so bleibt nach der Denkschrift immer noch ein tatsächlicher Schaden von 79,6 Milliarden. Dazu sollen wir zur „Wiedergutmachung“ große Mengen Vieh an Frankreich und Belgien abgeben, die mit einer halben Milliarde gering veranschlagt sind. Von einer solchen Katastrophe ist noch keine Verkünder eines Staats betroffen worden.

Neues vom Tage.

Ernennung.

Berlin, 23. Mai. Vant „Germania“ steht die Ernennung des Zentrumsgesandten Lenz zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern bevor.

Abberufung.

Berlin, 23. Mai. Nach der „Tägl. Rundschau“ ist der hiesige Wirtschaftsminister Schwarz aus Versailles abberufen worden, weil er in einem Zeitungsartikel andere Mitglieder der deutschen Friedensabordnung angegriffen hat.

Bestätigung der deutschen Erklärung.

Versailles, 22. Mai. Die deutschen Friedensvollständigen, Minister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rangau, Reichsjustizminister Dr. Landsberg, Reichsminister Gredert, Präsident Oberbürgermeister Leinert, Professor Dr. Schilling und Dr. Melchior begaben sich heute nach Spa, um dort mit den Ministern Scheidemann, Dernburg und Erzberger sowie dem Grafen Bernstorff die demnächst in der Friedensfrage abzugebende Erklärung zu besprechen und deren endgültige Fassung zu beschließen. Für den Aufenthalt in Spa ist eine Dauer von 24 Stunden vorgesehen.

Anfrage.

Berlin, 23. Mai. Die Zentrumsfraktion der preuss. Landtagversammlung hat folgende Anfrage eingebracht:



Welche schleunigen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um eine weitere Entwertung und damit eine Erschütterung der Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten.

Für die Missionsfreiheit.

Berlin, 22. Mai. Der Bischof von Fulda, Joseph Damian Schmitt, und der Vorsitzende der Superioren, Theophilus Wiget, wenden sich an die Katholiken der alliierten und neutralen Länder, Bischöfe, Priester und Laien gegen den Ausschluß der deutschen Missionen aus den größten und wichtigsten Missionsländern, der ein unerhörter Eingriff in die Freiheit der katholischen Kirche und des Apostolates bedeute.

München, 23. Mai. Der frühere Volksbeauftragte für Finanzen in der ersten Republik, Silvio Gsell wurde verhaftet. In der Angelegenheit des „Freigeizdes“ erblickt das Standgericht eine ungezügelt tätige Gestalt, von Beruf Kaufmann, stammt aus dem Rheinland, er hat aber lange in Argentinien gelebt.

Die Hochverräter.

Mannheim, 23. Mai. Vier Führer der 21 Landauer Herden, die am Sonntag die „Republik Pfalz“ auszurufen versuchten, dann von den deutschen Gerichtsbehörden verhaftet, auf Veranlassung der französischen Behörden aber wieder freigelassen worden sind, sind der Nahrungsmittelhandel Dr. Haas, der Holzhändler Ferdinand Schenk, der Architekt Müller und der Teppichhändler Hofer, sämtlich aus Landau. Es ist der Beweis erbracht, daß die französischen Behörden hinter diesem Putschversuch gestanden haben, was daraus hervorgeht, daß sie Verhaftungen deutscher Beamten vornahmen und auch den Bürgermeister von Landau festgenommen haben.

Passiver Widerstand.

Berlin, 23. Mai. Im mitteldeutschen Kohlenrevier haben die Bergarbeiter laut „Vorwärts“ beschlossen, bis zur Wiedereingliederung des Bezirksarbeiterrats den passiven Widerstand zu leisten.

Achtstundentag.

Berlin, 23. Mai. Auf Vorstellungen der deutschen Waffenstillstandskommission haben die Alliierten nun die Einführung des achtstündigen Arbeitstags zunächst für die Arbeiter der Eisenbahn-Betriebswerkstätten im besetzten Gebiet vom 26. Mai ab gestattet.

Die Deutschen in Riga.

Berlin, 23. Mai. Nach einem drei Monate langen Zögern hat die englische Regierung die Erlaubnis gegeben, die hilsbedürftigen Deutschen und Neutralen in Riga durch ein deutsches Schiff abzuholen. Darauf stellte die Reichsregierung ein gleiches Ansuchen an die Sowjetregierung in Moskau. Diese hat nun aber das Ersuchen abgelehnt.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 23. Mai. Riga wurde, wie verschiedene Morgenblätter berichten, gestern durch Verbände von lettischen, baltischen und deutschen Truppen nach einem Vorstoß auf breiter Front wieder erobert. Unter den ersten, die in die Stadt einmarschierten, befand sich nach einem Bericht des „Berl. Volants“ Baron v. Rantseffel als Führer der baltischen Stoßtruppen.

Berlin, 23. Mai. An den Kämpfen in Riga sind nach halbamtlicher Meldung keine deutschen Truppen beteiligt gewesen.

Berlin, 22. Mai. Die Polen haben sich neuerlich Verletzungen des Waffenstillstands schuldig gemacht. So wurden sie von deutschen Patrouillen in Mierzdorf beim Plündern überfallen. Auch das Gut Altröde wurde von ihnen angegriffen und völlig ausgeplündert. Erneut wurden Polen mit französischen Stahlhelmen und graublauen Mänteln festgestellt.

Prag, 23. Mai. Bei Miskolecz, Wpatfalve und Jitac haben sich starke Kämpfe gegen die Magyaren entwickelt.

Wien, 22. Mai. Der neue Gemeinderat wählte mit 110 gegen 52 Stimmen Jakob Neumann (Soz.) zur Bürgermeister von Wien. Neumann erklärte, Wien wolle die zweite Hauptstadt der deutschen Welt sein.

Antworten der Alliierten.

Paris, 23. Mai. Auf die Noten des Grafen Brodorski-Mangau sind durch Clemenceau einige Antworten des Obersten Rats übergeben worden. Bezüglich der Kriegsgefangenen wird die Freilassung solcher, die sich „Verbrechen“ zuschulden kommen lassen, abgelehnt. Es sei überhaupt nicht angängig, daß Deutschland die gleiche Behandlung für die deutschen Gefangenen verlange wie für die Gefangenen der Verbündeten. (1) Die deutschen Gegenvorschläge bezüglich des Bäckereibundes werden am zweckmäßigsten erst dann erörtert, wenn der Bund endgültig errichtet werde. Weiter wurde die deutsche Note betr. die wirtschaftlichen Folgen der Friedensbedingungen ablehnend beantwortet.

In der Antwortnote Clemenceaus betr. die Kriegsgefangenen ist u. a. gesagt, die Verbündeten seien bereit, alles Mögliche zu tun, um die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten gehörig versorgt und angemessen behandelt nach Friedensschluß heimzubefördern, sie debaurieren indessen, daß die zur Verfügung stehenden Bekleidungsgegenstände unzureichend seien, um die deutschen Kriegsgefangenen auszustatten. Kommissionen, die sich mit der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zu befassen hätten, würden die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte einsetzen, sobald der Friede unterzeichnet sei.

Zu der Antwortnote bemerkt die zuständige deutsche Stelle: Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl selbst nicht behaupten wollen, daß unter der früher in deutscher Hand befindlich gewesenen Kriegsgefangenen keine Verbrechen und Vergehen sich ereignet hätten; im Gegenteil, es sind allzuvielfache Fälle vorgekommen, wo Kriegsgefangene in Deutschland schwere Verbrechen begangen haben, namentlich Mord, Brand-

stiftung, Mord usw. Das hat die alliierten und assoziierten Regierungen seinerzeit beim Waffenstillstand nicht abgelehnt, die bedingungslose Rückgabe auch solcher Gefangenen zu verlangen, die wegen derartiger Vergehen oder Verbrechen verurteilt waren. Es ist nicht einzusehen, warum in dieser Beziehung die deutschen Gefangenen in der Hand der alliierten und assoziierten Regierungen anders behandelt werden sollen, als die in deutscher Hand gewesenen feindlichen Gefangenen. Die Nachrichten, die fortgesetzt über die Behandlung der namentlich noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen der deutschen Regierung zugegangen sind, lassen es als unbedingt erforderlich erscheinen, für sie jetzt endlich eine bessere Behandlung durchzusetzen.

Von der Friedenskonferenz.

Berlin, 22. Mai. Ein amerikanischer Junkspruch aus Vion vom 20. Mai meldet u. a.: Der Friedenskonferenz erwachsen einige Schwierigkeiten durch Polen, den Krieg zu beenden. Der polnische Ministerpräsident Paderewski verhandelte hundertlang mit Wilson und Oberst House, um Amerika zu bestimmen, sich für einen Feldzug gegen die Ukraine zu erklären. Polen wünsche das Recht zu erhalten, die Angelegenheit Tschchen mit den Tschecho-Slowaken auszuweisen. Die heimliche Hoffnung Paderewskis schien zu sein, daß Deutschland sich der Ausführung der Friedensbedingungen im Osten widersetzen möge, was den Polen die Möglichkeit geben würde, den verstümmelten Verträgen den letzten großen Schlag zu versetzen. Es erforderte großen Druck auf Paderewski, um ihn zu bewegen, in die Einstellung der Feindseligkeiten zu willigen. Paderewski war schließlich einverstanden. Aber als man diese Entscheidung den Polen bekanntgab, entstand in der polnischen Regierung sofort eine Krise, welche Paderewski veranlaßte, seine Entlassung einzureichen, die aber nicht angenommen wurde.

Verailles, 23. Mai. Orlando ist gestern wieder in Paris eingetroffen.

Die Feindseligkeiten der Amerikaner.

Washington, 23. Mai. Staatssekretär Lansing hat das Gesuch von Mitgliedern der amerikanischen Friedensabordnung in Paris, bei der englischen Regierung die Pässe für die Beauftragten der vorläufigen irischen Regierung zur Teilnahme an der Friedenskonferenz zu beschaffen, abgelehnt.

Gegen die Valutaspekulation.

Paris, 23. Mai. Der sozialistische Abgeordnete Clansat weist in einer Anfrage an die Regierung auf die spekulative Ausnützung der schlechten deutschen Valuta durch französische Händler hin, die im besetzten Gebiet deutsche Waren ankufen und damit den französischen Markt überschwemmen, wobei sie wegen der erhöhten Kaufkraft der französischen Währung gegenüber dem entwerteten deutschen Geld große Gewinne machen, trotzdem sie die Waren zur Hälfte oder zu einem Drittel des Preises der französischen Waren verkaufen. Dadurch werde in Frankreich eine Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Er frage, was die Regierung gegen das Treiben zu tun gedenke.

Die Amnestie in Frankreich verschoben.

Paris, 23. Mai. Die von den sozialistischen Abgeordneten verlangte Amnestie wurde von der Kammer mit 326 gegen 176 Stimmen auf später verschoben. Justizminister Nail erklärte, die Regierung werde seinerzeit von sich aus eine solche Gesetzesvorlage einbringen.

Amsterdam, 23. Mai. Einer Radiomeldung aus Newyork zufolge wird bei amerikanische Marinefeldtanz Daniels beim Kongreß darauf dringen, daß die dauernde Stärke der amerikanischen Marine an Offizieren und Mannschaften auf 250 000 festgesetzt wird.

Zur indischen Frage.

London, 23. Mai. Im Unterhaus kündigte der Staatssekretär für Indien, Montagu, an, er werde eine Gesetzesvorlage einbringen, die für Indien Verfassungsvorgaben vorsehe und den allmählichen Übergang der Verwaltung von der englischen Beamtenschaft auf das Volk bezwecke.

Verzweifelte Notwehr der Afghanen.

London, 22. Mai. (Reuter.) In Kandahar (Afghanistan) ist der heilige Krieg gegen England proklamiert worden.

Aus dem Buchdruckergewerbe.

Berlin, 23. Mai. Zur Beilegung der Streitigkeiten im Buchdruckergewerbe hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, wonach mit Rücksicht auf den bestehenden Tarifvertrag der Antrag auf Beilegung der Arbeitszeit abgelehnt wird. Alljährlich in den Monaten Mai bis Oktober ist jedem Gehilfen unter Fortzahlung des Lohnes ein Erholungsurlaub zu gewähren, dessen Dauer sich nach der Beschäftigungszeit in den Betrieben richtet. Die Forderungszulagen betragen wöchentlich 15 bis 20 Mk. Die Dauer des Abkommens erstreckt sich bis 31. August 1919.

Bergnütungssteuer.

Berlin, 23. Mai. Der Gesetzentwurf betr. die Besteuerung der Bergnütungen ist nach der „B. Z.“ am Mittag fertiggestellt.

Ausstand.

Sittau, 22. Mai. Heute sind weit über 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie in den benachbarten nordböhmisches Industriebezirken Reichenberg und Gragau in den Ausstand getreten.

Die Frage der Wasserwege.

Brüssel, 23. Mai. Die internationale Handelskonferenz sprach sich für Freigabe der Donau- und Rheinwasserstraße für alle Völker aus. Unter dem Bäckereibund solle ein besonderer Ausschuß die Kanalverbindung zwischen Nordsee und Schwarzem Meer beaufsichtigen. Ferner wurde der Bau von Bahnliesen von der Ostsee zum Adriatischen Meer beauftragt, die, ohne deutsches oder österreichisches Gebiet zu berühren, die Handels-

zung zwischen Polen, der Slowakei und Serbien len.

Paris, 21. Mai. Die Antwort der Alliierten auf Brodorski-Mangaus Note vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bestimmungen erklärt, die in der Note enthaltenen Forderungen bezüglich der Bevölkerung, der Schiffahrt, der Kohlen, der Wäpade usw. seien übertrieben. Deutschland müsse sich vorgegenwärtigen, daß es aus dem Unglück, das über die ganze Welt gekommen, und für das es hauptsächlich verantwortlich sei, nicht ohne Einbuße hervorgehen könne.

Vermischtes.

Der Besitz des Kaisers an Bildern. Aus Berlin wird geschrieben: Dieser Tage hat eine Kommission von ersten deutschen Fachleuten den Besitz an Bildern des kaiserlichen deutschen Kaisers, der sich hauptsächlich in den Schlössern von Berlin und Potsdam befindet, einer eingehenden Prüfung auf seinen Wert unterzogen. Es sind herrliche Watteaus und sonstige erstklassige Meister angetroffen worden, die einen Wert von mindestens bis zu 10 Millionen Mark das einzelne Bild repräsentieren. In einen Watteau eine Landschaft hatte Friedrich der Große als bald nach dem Siebenjährigen Kriege, in Paris durch seinen Gelehrten einen kunstgeschichtlichen Gelehrten d'Arles 127 000 Franc zahlen lassen, und dieses eine Bild würde heute mit Sicherheit für 10-12 Millionen Mark zu verkaufen sein. Insofern ist der Wert der Bilder, die persönliches Eigentum des kaiserlichen Kaisers sind, auf 10 Millionen Mk. Friedenswert geschätzt worden. Was mit diesen Bildern geschehen soll, steht noch nicht fest.

Wahlpoesie. Bei der Gemeinderatswahl in Freetz bei Stuttgart fand sich auf der Rückseite eines Stimmzettels der Name von Kandidaten aller Parteien in folgender Art: „Ich heisse keine Parteien treu! Ein Kaiser sprach einst diese Worte, Das war, als das Schicksal dumpf und schwer Schlug an des Reiches Pforte. Vier Jahre rauschten Wind ins Meer Der unendlichen Ewigkeiten Sie änderten alles um uns her, Die Menschen und auch die Felten, Ein blutiger Streik wirt heut hin und her, Die Völker von einst sich empowen; Jetzt kennt man keine Deutsche mehr, Drum wähli ich alle Parteien!“

Explosion. In einem verlassenem Unterstand bei Thann (Elsass) wurden durch eine Explosion zwei Kinder getötet und deren Eltern schwer verletzt.

Vulkanausbruch. Auf dem Vulkan der Insel Stromboli (Sizilien) haben heftige Ausbrüche begonnen, denen viele Menschen zum Opfer fielen. Aus Messina wurde Hilfe geschickt.

Wiener Kinderelend in der Schweiz. In den Züricher Zeitungen wird in ergreifenden Zügen das Bild des Elendes geschildert, das die Wiener Kinder bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof in Zürich darbieten. Es heißt dort u. a.: „Als die Kinderherden den Wagen einströmen, da offenbarte sich das richtige wandelnde Wiener-Kinder-Elend. Kaum Stunden sie da, vor der gewohnten Ausgelassenheit der Jugend keine Spur. Die schreiende Hungerkur schaute aus allen Augen heraus. Die Kinder von 10-12 Jahren sind durchschnittlich nicht größer als die 6-7jährigen in der Schweiz. Und die Kleider! Man sah ohne weiteres, daß die Eltern das Letzte zusammengekratzt hatten, um ihre Kinder wenigstens einigermassen auszustatten. Viele hatten weder Strümpfe noch Schuhe. Dabei sind es meist Kinder aus dem Mittelstand, von Beamten usw. Die Art, wie sich die Gattgeberinnen um die armen Kleinen bemühten, war rührend. Zeugnissen der Anknist waren auch 100 Damen des internationalen Frauenkongresses, darunter die englische Passiflora Lady Beach, die Schwester des englischen Generals. Die Damen waren hier erschüttert und gaben dem in berechneten Worten Ausdruck.“

Im Flugges von England nach Australien. Während die Flieger sich zu dem Versuch anschicken, zum ersten Mal den Atlantischen Ozean zu überqueren, wird bereits der Plan ins Auge gefaßt, einen Flug von England nach Australien zu vollbringen. Die australische Regierung hat einen Preis von 200 000 Mark für den ersten australischen Flieger ausgesetzt, der bis zum 31. Dezember 1920 die Flugstrecke England-Australien zurücklegt. Der vorgeschriebene Flugweg führt über Paris, Nizza, Rom, Damaskus, Bagdad, Kalkutta und Singapur nach Port Darwin.

Der Prinz als Bauer. Aus dem schwedischen Gute Svanholm wirtschaftet gegenwärtig ein Königssohn als Bauer. Es ist dies der Graf Carl Bernadotte von Wisborg, der Sohn des Prinzen Oskar Bernadotte, zweiten Sohnes des Königs Karls hinter dem Pflug leicht einsammeln. Das Sammeln muß möglichst in großem Umfange durchgeführt werden. Es ist daher empfehlenswert, wenn die Gemeindevorstände das Sammeln unter Hinzuziehung der Schuljugend organisieren.

Württemberg.

Stuttgart, 22. Mai. (Marmnachrichten.) Die „Heilbronner Nachrichten“ veröffentlicht mit allem Vorbehalt nachstehende Meldung: Nach einer heute erhaltenen Mitteilung aus Krefeld, die es wissen können, fand in Stuttgart eine Sitzung statt, bei der die Frage einer Beilegung von Urm durch die Entente eine Hauptrolle spielt hat. Urm soll schon in allernächster Zeit von der Entente befreit werden; Stuttgart werde als zentrale Stadt behandelt werden bzw. in eine neutrale Zone fallen.

Stuttgart, 23. Mai. (Die Landwirtschaftskammer.) Der Sonderausschuß nahm heute die restlichen Artikel 15-30 des Gesetzes an. In etwa 10 Tagen soll die zweite Lesung des Entwurfs stattfinden.

Stuttgart, 23. Mai. (Unterbrechung der Landesversammlung.) Nach der morgigen Vollversammlung wird die Landesversammlung ihre Sitzungen bis nach Pfingsten aussetzen.

Oberndorf, 23. Mai. (Schuhmachereinnung.) Für die Bezirke Oberndorf und Sulz wurde eine freie Schuhmachereinnung gegründet.

Neresheim, 23. Mai. (Schwäbische Benediktiner im Asyl.) Im heiligen Schloß, dem vormaligen Benediktinerkloster, werden eiliche Patres und Brüder, die von der tschecho-slowakischen Regierung in Böhmen aus ihrem Kloster Gmund in Prag vertrieben wurden, mit Genehmigung des Arbeitsministeriums einziehen.

Dachsenhausen, 23. (Diamantene Jubelhochzeit.) In großer Rüstigkeit konnten dieser Tage Aufsichtsführer a. D. Barth und seine Ehefrau das Fest der diamantenen Jubelhochzeit begehen. Enkel und Enkelkinder, sowie die ganze Gemeinde nahmen regen Anteil an dem Feste.

Florzheim, 23. Mai. In einem Zug nach Oberndorf wurden vier Pforzheimer Schmuggler abgefaßt, die über eine halbe Million Mk. gemünztes Gold und Goldmaren bei sich führten, die sie anscheinend nach der Schweiz bringen wollten.

*) **Vom Bodensee, 23. Mai.** (Neuer Flug Berlin-Konstanz.) Mittwoch abend 5.50 Uhr landete auf dem Flugplatz in Konstanz, wiederum ein Flugzeug der Deutschen Luftreederei Berlin-Johannistal. Das Flugzeug startete punkt 12 Uhr mittags in Johannistal, landete in Lamberg 2.15 Uhr, wo die Besatzung Mittagsrast machte. Start nach Konstanz punkt 4 Uhr und Landung dort 5.50 Uhr. Gesamtflugzeit 4 Stunden und 5 Minuten, bis jetzt die kürzeste Zeit für diese Strecke.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 22. Mai.

Das Wohnungsbürgerschaftsgesetz wird in 3. Beratung ein-
geführt.

In einem 3. Nachtrag zum Finanzgesetz 1918 wird zur Deckung der Wahlkosten für die Landes- und Nationalversammlungen eine halbe Million und zur Verbilligung von 2 Hypotheken auf Mietwohnungsbauten 1 Million angefordert. Die Gesetzesvorlage wird in 3. Lesung angenommen, ebenso werden die Kapitel des Arbeits- und Ernährungsministeriums gegen die Stimmen der Bürgerpartei genehmigt.

Der die Anträge wegen der Verhängung der Schulhaft über mehrere ihrer Parteigenossen durch die Abg. Zetina (U.S.P.) einbringt. Minister Dr. Lindemann: Davon, daß die Mitglieder des Volkswirtschaftsrates des Arbeiterrates straflos sind, ist nichts bekannt. Solange die Anhänger der Abg. Zetina nicht verzichten, ihre Gewaltmittel anzuwenden, hat die Regierung keinen Anlaß, von ihrer Gewalt keinen Gebrauch zu machen.

Justizminister Dr. v. Kienle: Der Justizminister ist nicht berechtigt eine gerichtliche Untersuchungsmaßnahme zu verhängen oder in deren Aufhebung einzugreifen. Der Prozeß Hornle mußte zum 4. Mai vertagt werden, einzig und allein auf Verlangen der Berliner Verteidiger.

Abg. Lamparter (D.D.P.): Gewaltige Summen deutschen Geldes werden immer noch über die Grenzen geschmuggelt, um sie der Kriegsteuer oder der kommenden Vermögensabgabe zu entziehen. So ist in den Zeitungen die Summe von 35 Millionen genannt worden, die allein bei schweizerischen Banken hinterlegt worden seien.

Finanzminister Eisinger: Das Finanzministerium ist davon überzeugt, daß fortgesetzt versucht wird, deutsches Kapital ins neutrale Ausland zu schaffen. Die Gerüchte über umfangreiche Abwanderung von deutschem Geld in die Schweiz sind haltlose Behauptungen. Gegen den Geldschmuggel ist von der Reichsregierung eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen ergriffen worden. Auf die Entdeckung der Geldschmuggler sind hohe Belohnungen ausgesetzt, die sich bis zu 10 Prozent der ermittelten Beträge belaufen.

Abg. Holentzien (Soz.): Überall im Lande werden Geldschmuggler mit einem Aufgebot von Leuten angeheult, die sich ein Gewerbe daraus machen, das Geld über die Grenze zu schaffen. Das Geld über die Grenze kommen hat seine Ursache in der mangelhaften Grenzbeobachtung.

Abg. Dr. Scholl (D.P.P.): Diejenigen, die den Geldschmuggel betreiben, sind bei dem mobilen Großkapital zu suchen, die dank ihrer internationalen Beziehungen in der Lage sind, das Geld häufiger zu schmuggeln. Die Regierung hätte energischer angreifen sollen.

Finanzminister Eisinger: Die Abkämpfung der Bankrottisten ist ein Mittel, das Geld wieder in den Verkehr zu bringen und die große Anhäufung von Bargeld steuerlich zu erfassen. Aber das ist Sache der Reichsregierung. Ich habe wiederholt in Berlin auf diese Mißstände hingewiesen, ebenso darauf, daß es absolut notwendig ist, die Kriegsabgabesteuer schleunigst einzubringen, damit das Geld sich nicht noch mehr verflüchtigt, teils ins Ausland, teils aber auch in die Taschen der Arbeiter. Alle großen Betriebe arbeiten gegenwärtig mit Unterbilanz und der Kriegsgewinn verflüchtigt sich in Form von außerordentlich hohen Gehältern, das wird in parlamentarischen Kreisen sogar offen zugegeben.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck behauptet seine Herrschaft jetzt über ganz Deutschland. Am Sonntag und Montag ist deshalb trockenes und wärmeres Wetter zu erwarten.

D.P.P. Der Vertretertag der Deutschen demokr. Partei Württembergs wird, wie die Leitung der Partei mitteilt, angesichts der gegenwärtigen politischen Lage und infolge der Späterlegung des Vertretertags der Gesamtpartei bis auf weiteres verschoben; doch ist die tunclich baldige Abhaltung des württ. Vertretertags in Aussicht genommen.

Zum Neuaufbau der Volkskirche.

Infolge der Staatsumwälzung ist auch die bisher mit dem Staate eng verbundene evangelische Landeskirche vor die Aufgabe gestellt, ihre Verfassung von Grund aus neu aufzubauen. Was die Landesversammlung dem Staate brachte, soll die Landesversammlung der Kirche bringen. Auch die Kirchenverfassung kann keine andere als eine demokratische sein; das entspricht übrigens nicht nur den Forderungen der Zeit, sondern auch den ursprünglichen Grundgedanken der Reformation. Wie jetzt alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, so muß auch die Kirchengewalt vom Kirchenvolk ausgehen, das durch Wahl die Gewalt der Landeskirchenversammlung überträgt. Diese wird wohl einen Ausschuss und eine aus Hochbeamten bestehende Verwaltungsbekörde („Konkordatium“ oder „Kirchenrat“) wählen; an der Spitze des Ganges kann man sich entweder etwa ein Dreimännerkollegium denken oder eine Einzelperson (Landesbischof). Dieser letztere Gedanke ist an sich natürlich durchaus nicht undemokratisch, da ja der Landesbischof gewählt würde. Das schwerste Bedenken liegt vielmehr darin, daß die Bedeutung und der Wert dieses Bischofsamts ganz und gar auf die eine Persönlichkeit gestellt wäre — ein Risiko, das schwere Gefahren in sich birgt. Das Recht des Kirchenvolkes in der Einzelgemeinde muß vor allem darin zum Ausdruck kommen, daß den Gemeinden bei der Besetzung der Pfarrstellen eine bestimmende Mitwirkung zuerkannt wird, deren genaue Ausgestaltung man sich verschieden denken kann. Auf die Mittelstufe zwischen Landeskirche und Einzelgemeinde d. h. die Dekanatsbezirke wird man nicht verzichten können; bei der Bestellung der Dekane muß dem Bezirkskirchentag ein bestimmendes Mitwirkungsrecht zustehen.

Über dem inneren Leben der evangelischen Volkskirche muß die Lösung stehen: fromm und frei. Weit auf die Tore der Kirche für alle, die als evangelisch-protestantische Christen ehrlich nach Wahrheit, nach Gott suchen. Ihnen allen soll die Volkskirche geistige Heimat sein. Darum auch weg mit allen angestrichelten Mißtrauen gegenüber der Wissenschaft — als ob die Wissenschaft dem Christenglauben gefährlich werden könnte! Mißgriffe der Wissenschaft werden durch die Wissenschaft selbst korrigiert. Der Religion kann das wissenschaftliche Fortschreiten, das völlig frei sein muß, niemals Schaden bringen.

In der evangelischen Kirche gibt es verschiedene Rich-

tungen. Das braucht gar nicht „Bischof“ zu sein. Abzulehnen ist jede einseitige Richtungs- oder Partei-herrschaft von rechts wie von links. Toleranz und gegenseitiges Verständnis ist nötig und möglich; die gemeinsamen sittlich-religiösen Güter und Ziele müssen mehr betont werden als die trennenden Lehmeinungen. Eine geistliche Bindung an bestimmte Bekenntnisformeln widerstreicht dem Grundgedanken evangelischer Freiheit und führt zu unwahrscheinlichen Zuständen. Was grundmenschlich ur-entscheidend ist, das ist das Bekenntnis des Lebens zum Christusglauben der Wahrheit, der Liebe und der Ehrfurcht. Dieser Geist soll die Volkskirche tragen und beleben. Sie soll Volkskirche sein, nicht bloß Pfarrerskirche. Natürlich werden die Pfarrer durch ihre kirchliche Lehr- und Seelsorgeamt eine führende Stellung haben; aber mit und neben ihnen in voller Gleichberechtigung sollen weit mehr als bisher Gemeindeglieder, Männer und Frauen, in und an der Gemeinde arbeiten. Von ganz besonderer Wichtigkeit wird es auch sein, daß das Verhältnis zwischen evangelischen Lehrern und evangelischen Pfarrern auf dieser Grundlage sich neu gestaltet. Mit der Befestigung der letzten Reste geistlicher Schulaufsicht ist die Möglichkeit zu dieser Neugestaltung gegeben. Und sie muß kommen, nicht nur im Interesse eines besseren Verhältnisses zwischen den beiden Ständen, sondern um der sittlich-religiösen Kultur unseres Volkes willen. Ueber die wichtige Frage des Religionsunterrichts müssen auf dem Boden völliger Gleichberechtigung Lehrer und Pfarrer nicht gegeneinander und nicht aneinander vorbei, sondern miteinander reden und beraten.

Aus dem Gesagten geht hervor, von welcher hohen Bedeutung für die Volkskirche und das Volk die kommenden Wahlen zur Landeskirchenversammlung sind. Eine politische Partei kann nicht als solche die Wahl in die Hand nehmen und kann sich auch nicht auf eine kirchliche Richtung festlegen. Das ist selbstverständlich. Aber alle die vielen, die in unseren Reihen ein warmes Herz für die evangelische Kirche haben und die das, was die Kirche gibt, als höches heiliges Volksgut schätzen, — sie alle haben die Pflicht, am 1. Juni sich an der Wahl zur Landeskirchenversammlung zu beteiligen.

Ulbert Efenwein.

Bienenzucht.

Von Frost verschulte Bienen, was ist mit ihnen zu beginnen?

(Nachdruck verboten)

In manchen Blättern lesen wir immer wieder den gleichen Rat, erhorchte Bienen vor dem Stando sorgsam zusammenzuheben, am Ofen zu erwärmen, sie so dem Leben zurückzugeben und dann in die Beuten zurückzusetzen. Zunächst müssen wir sagen, daß bei wendlichem Winter- und Venzgewitter wohl eine Menge von Bienen den wahren Temperaturstößen zum Opfer fallen, wenn nicht gewisse Vorsichtsmaßnahmen angewendet werden. Ob aber das Sammeln solcher Bienen besonderen Wert hat, das wollen wir im nachfolgenden näher beleuchten. Zunächst ist es für den Anfänger sehr zweifelhaft, solche Bienen einzeln aufzulesen. — Das Tier noch nicht ganz tot ist, gebraucht es einen Abwehrapparat, den Giftstachel. Würden aber die Bienen schaufelweise zusammengekehrt, so gäbe dies ein schreckliches Durcheinander von toten, halbtoten und erkrankten Bienen, von Sand, Erde und allerlei Unreinigkeiten. Sind dann die Bienen tatsächlich erkrankt, so daß sie zu trappeln anfangen, dann — wohin damit? Wir wissen, daß bei allen Arten von Bienen der Restgammch vorherrsch. Wer nicht gleiches Gutes ist, wird erbarungslos verfolgt, eingekerkert, am Kochen, zur Reute hinausgeworfen. Wenn wir dann noch bedenken, daß die Mehrzahl dieser abgestorbenen Bienen alte, dem Tode schon nahe Tiere sind, so ist klar, daß das Auslesen derselben wenig Bedeutung hat. Wir können aber Vorhilfe treffen, daß in frostigen Tagen möglichst wenig Bienen abfliegen. Um das zu verhindern, müssen die Völker vor dem verderblichen Einfluß der winterlichen Sonnenstrahlen geschützt werden. Überall da, wo die Böden nicht nach abwärts klappbar sind, oder die Vorderwände der Stände überhaupt keine Schutzwand tragen, müssen Blenden angebracht werden. Zwei gewöhnliche Ziegelsteine, rechts und links vom Flugloch auf das Bodenbrett gestellt, darüber einen flachen Dachziegel gelegt und die völlig sturmichere Blende ist fertig. Wir stellen auch getriebe Zigarettenstücken auf das Flugloch vor dem Anflug, nachdem wir zuvor den Deckel und die eine Seitenwand abgenommen und in die andere Seitenwand eine richtige Flugöffnung eingeschnitten haben. So besitzen wir eine tadellose Blende, die Sonnenstrahlen, Wind und Schneegestöber wirksam abhält und die Beute auch verdunkelt. Wenn wir aber an frostigen Tagen die Bienen absolut nicht mehr vom Ausfluge zurückhalten lassen, dann halten wir sie in Decken, Kleider, Tücher, Dachpappentücher, Pappendeckel oder auch Papier bereit, das wir sofort unter der Ausflugsöffnung ausbreiten, auch auf Stäube — wenn der Flug beginnt. Wir bauen damit einer Menge von Bienen, die sich vor dem Einfluge noch auf dem Schnee niederlassen, bequeme Rückzugsorte zum schützenden Rückzug im warmen Korbe und halten damit die Kraft der Kolonie zusammen zur gedeihlichen Entwicklung im kommenden Zeuge.

Weigert, Kremlenengasse.

Letzte Nachrichten.

Die Rumänen haben bei ihrem Versuch, die Theißlinie zu überschreiten, eine erhebliche Niederlage und blutige schwere Verluste durch die Ungarn erlitten.

Auch England trifft nun Vorbereitungen zum Einmarsch in Deutschland im Falle der Ablehnung des Friedensvertrages.

Die umfangreichen Truppenverschiebungen bei der Besatzungsarmee in der Pfalz dauern an. — An den Rheinbrücken, welche Boden und Pfalz-Verbindungen verbinden, sind schwache Truppen aufgestellt.

In Pirmasens ist Generalstabschef ausgebrochen.

Es sollen wichtige Dokumente verloren gegangen sein für die Friedensunterhandlungen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Wildbad, 24. Mai. Groben Unjug verübten schon wiederholt rohe Burichen im Musikpavillon der Trinkhalle, indem sie dort Stühle auf die Bütte der Musiker stellten usw. In vergangener Nacht wurden dort sogar die Vorhänge gestohlen. (Es dürfte hier ein Zusammenhang mit dem gestern berichteten schweren Einbruchdiebstahl in der Reunbachbrauerei vorliegen). Auch sonst wird von verrohten Burichen und zweifelhaften Mägen in den Kuranlagen abends allerlei Unfug und Sachbeschädigungen verübt, welche die Entrüstung aller anständigen Leute erregen. Hier gehört sofort und kräftig eingegriffen, da solche Vorkommnisse nicht geeignet sind, das Ansehen eines Kurorts zu heben und zu fördern.

Dem Stadtschultheißenamt wurde heute telefonisch mitgeteilt, daß die Kreisregierung in Neutlingen die Erhöhung der Bürgermugungsportionen auf 750 genehmigt hat.

Wildbad. (Gemeinderatwahl.) Ueber die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge schreibt Art. 52 der Gemeinde-Ordnung vor: Die zu besetzenden Stellen werden unter die Wahlvorschläge im Verhältnis der ihnen zugefallenen Stimmzahl in folgender Weise verteilt: Die den einzelnen Vorschlägen zugefallenen Stimmzahlen werden der Reihe nach durch eins, zwei, drei, vier u. s. w. geteilt und von den dabei gefundenen Zahlen so viele Höchstzahlen ausgesondert und der Größe nach geordnet, als Mitglieder zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so vielmal eine Stelle, als Höchstzahlen auf ihn entfallen.

Die Verteilung der Sitze erfolgte hier folgendermaßen:

I.		II.	
Demokratische Partei.		Sozialdemokr. Partei.	
11667 (1. S.)		7538 (2. S.)	
5833 1/2 (3. S.)		8769 (6. S.)	
3889 (6. S.)		2512 1/2 (9. S.)	
2916 1/2 (8. S.)		1884 1/2 (13. S.)	
2334 1/2 (10. S.)		1507 1/2 (16. S.)	
1844 1/2 (12. S.)		1256 1/2	
1668 1/2 (14. S.)		1076 1/2	
III.		IV.	
Bürgerpartei.		Zentrum	
4650 (4. S.)		1280	
2926 1/2 (11. S.)		640	
1551 (15. S.)		496 1/2	
1163 1/2		320	

V.

Friedenspartei.

3007 (7. S.)

1503 1/2

1002 1/2

Nach Art 7 des Gemeindevahlrechtsgesetzes vom 15. März 1919 gelten diejenigen als auf die längere Amtsdauer von 3 Jahren gewählt, auf welche bei der Verhältniswahl die niedrigeren Höchstzahlen entfallen. Die bei obiger Verteilung auf die letzten 8 Höchstzahlen entfallenden 8 Sitze (9—16) sind also auf die längere Amtsdauer d. h. bis zum 31. Dezember 1922 besetzt. Davon entfallen auf die Wahlvordrige I 3 Sitze, II 3 Sitze, III 2 Sitze.

Guth. Gottesdienst. Sonntag, den 25. Mai, 7 Uhr Frühmesse, 9 1/2 Uhr Predigt und Amt. 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht. Montag keine heil. Messe. Donnerstag, den 29. Mai „Sommersfest“. 10 Uhr Amt, 2 Uhr Andacht. Dienstag und Freitag Abends 6 1/2 Uhr Matinacht. An den Werktagen 7 Uhr heil. Messe. Feiertag Samstag von 4 Uhr an.

Romanien: Sonntag um 7 Uhr. Donnerstag um 6 1/2 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

Ev. Gottesdienst. Sonntag, 26. Mai. Form. 1/2, 10 Uhr Predigt: St. Paulusbriefe. Nachm. 1 Uhr Christenlehre mit den Töchtern: Stadtvicar Kördig. Abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde: Stadtvicar Kördig.

Konzert-Programm

der

KUR-KAPELLE WILDBAD

Leitung: Musikdirektor P. Franz.

Sonntag, 25. Mai, vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

- Choral: Liebe den Herrn, den mächtigen König.
- Ouverture „Yelva“ Reissiger
- Lied der Magdalena u. Geistliches Lied aus „Der Evangelimann“ Kienzl
- Perlen Mendelssohn'scher Kompositionen anger. Schreiner
- Künstlerleben, Walzer Strauß

nachm. 3 1/2—4 Uhr Anlagen

- Kaiser Friedrich-Marsch Friedemann
- Ouverture „Wallenstein's Lager“ Rosenkranz
- Bruchstück aus „Die Regimentstochter“ Donizetti
- Melodien „Der liebe Bauer“ Fall
- Artilleriefuhr, Schnellpolka, Möller

nachm. 5—6 Uhr Kurplatz

- Kommandeur-Marsch Latau
- Racoco-Ouverture Keler Bela
- Ein Schäferstündchen Teller
- Melodien aus „Das Nacht-ager in Granada“ Kreutzer
- Walzer aus „Das Veilchenmüdel“ Hellmesberger

Montag, den 26. Mai

vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

- Choral: Liebster Jesu, wir sind hier.
- Ouverture „Stradella“ Plotow
- Ave Maria Schubert
- Ein Inmortellekranz auf Lortzing's Grab, Fant. Rosenkranz
- Rosen aus dem Süden, Walzer Strauß

nachm. 3 1/2—4 1/2 Uhr Anlagen

- Marsch aus „Die schöne Eva“ Gilbert
- Ouverture z. Op. „Johann von Paris“ Böldieu
- Rococo, Intermezzo Ajetter
- Melodien aus „Reiche Mädchen“ Strauß
- Walzer aus „Das Pappentüdel“ Fall

Gute Bücher und Schreibwaren

Künstler- und Ansichtskarten bei **GESCHW. FLUM** neb. d. „Sonne“.

Pflicht der Nichtwürttemberger.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß nach einer Verordnung der provisorischen Regierung vom 18. Jan. d. J. jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, sich durch einen Paß oder Paßersatz über seine Person ausweisen muß.

Jeder Nichtwürttemberger ist verpflichtet, sich binnen 24 Stunden nach seiner Ankunft bei dem Stadtschultheißenamt unter Vorlage seines Passes persönlich zu melden.

Zuüberhandeln haben Strafen, eventl. auch Ausweisung aus Württemberg zu gewärtigen.

Den Gasthofbesitzern, Pensioninhabern und Zimmervermietern, welche Fremde beherbergen, wird die genaue Einhaltung dieser Vorschrift zur Auflage gemacht.

Wildbad, den 23. Mai 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Alle Flüchtlinge und Ausgewiesenen

aus Elsaß-Lothringen, aus dem feindlichen Ausland und den besetzten Gebieten haben sich binnen 3 Tagen auf dem städtischen Lebensmittelamt anzumelden.

Bei Nichtmeldung mögliche Einweisung der Lebensmittelzuweisung und Aufenthaltserlaubnis erfolgen.

Wildbad, den 23. Mai 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Kartoffel-Abgabe.

Von Montag von 8 Uhr ab, werden auf dem Bahnhof **Santhartoffel** abgegeben und zwar die ersten 5 Pfund. Familien die noch im Besitze von Kartoffeln sind, wollen im Interesse der noch lebenden Bevölkerung zurückstehen.

Bezugscheine werden von 8 Uhr ab abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Rappellmann. Arbeiterrat Schlüter.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend 8 Uhr Hauptprobe (für Gem. und Männerchor) in der „Linde.“
Der Vorstand.

Zu kaufen gef. Toilette-Eimer und Waschgarnituren, neu oder gebraucht aber gut erhalten.
Angebote an die Zeitung. [358]

Blauer **Anzug- und Kostümfabrik** Friedensware eingetroffen bei

Robert Rieinger.

Fußbodenöl Echten Salpeter Panamaspäne

Medicinal-Drogerie

Grundner Nachfolger

Eier-Verbandschachtel

für 12, 24 und 50 Stück, empfiehlt Robert Treiber.

Buchhandlung Trittlar

König-Karlstraße

Soeben erscheint:

Die Friedens-Bedingungen

(in deutscher Sprache — Originaltext)

Ladenpreis Mk. **5.50.**

Nach mehrjähriger Assistentenzeit:

Innere Krankheiten

(Geh. M.-R. Professor v. Reuers, städt. Krankenhaus Moabit-Berlin)

Nervenkrankheiten

(Nervenpoliklinik d. Professoren Oppenheim u. Cassirer Berlin)

sowie nach langjähriger Tätigkeit als praktischer Arzt habe ich mich in WILD-BAD als Kurarzt niedergelassen.

Dr. med. MAX GÜNZBURGER,

Villa Krauß, König-Karlstr. 176, parterre.

Sprechstunden: 10—11, 3—5 Uhr.

Sonntag 10—12 Uhr.

Wildbad, den 23. Mai 1919.



Codes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten gehen wir die traurige Nachricht, daß unser lieber unvergesslicher Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater und Onkel

Gottlob Polz,

gew. Schlossermeister hier,

nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 80 Jahren am Freitag, den 23. Mai, morgens 3 Uhr, sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Familie G. Rieinger,

und Frau Luise, geb. Polz,

Beerbigung Sonntag nachm. 3 Uhr.

la. Kaninchen-Wurstwaren aller Art. (Markenfrei)

empfiehlt **Wurstfabrik Häussermann u. Müller** Stuttgart, Paulinenstr. 62. Telefon 1497.

Liederkrantz Wildbad.

Im Samstag den 24. Mai findet im Saale des Hotel Maisch eine dem Ernste der Zeit entsprechende

Abendunterhaltung

statt, unter gef. Mitwirkung von Fr. Alice Götz (Sopran) und Herrn Schinger, Cellist der Kapelle wozu unsere verehrt. Ehren und passiven Mitglieder freundlich eingeladen werden.

Anfang abends 8 Uhr.

Für Nichtmitglieder:

Eintritt für Herren 2 Mark,

" " Damen 1 "

Der Vorstand.

Aerztl. Mitteilung.

Der Aerzteverein für den Oberamtsbezirk Neuenbürg gibt bekannt:

Befehlungen, abgesehen von Unfällen und plötzlichen Ereignissen, müssen vormittags bis 10 Uhr gemacht sein.

Nach 10 Uhr morgens für denselben Tag bestellte Besuche gelten als dringende Besuche (doppelte Tage); außerdem wird keine Gewähr übernommen, daß dieser Besuch noch am gleichen Tage ausgeführt werden kann.

Sonntags ist keine Sprachstunde.

Besuche werden nur in dringenden Notfällen gemacht und wird dafür die doppelte Tage in Anrechnung gebracht.

Der Aerzte-Verein des Oberamts Neuenbürg.

Größte Auswahl in Nähmaschinen

und **Verseufmaschinen** in Eichen u. Nussbaum, sowie für Schneider und Schuhmacher.

Ankunft kostenlos

Stephan Gerster, Reutlingen.

Begründet 1885.

Kriegsanleihe wird in

Zahlung genommen.

Vertreter an

allen Plätzen.

Fahrradreifen

billig. — Fordern Sie sofort gratis Prospekt von **W. Planer, Charlottenburg 4 Abt. 3. 645.**

Unterricht.

Jeder Vater handelt klug, der seine Kinder in die höhere Reform-Lehranstalt Wildbad schickt — Alle Klassen über Ein- bis Abitur. — Individuelle Behandlung.

REFORMSCHULE WILDBAD.

Auf vielfachen Wunsch: **Stenographiekurse für Erwachsene.**

Dauer: 4 Monate. Wöchentlich: 6 Stunden.

Honorar für den ganzen Kurs: 66 Mark. Schriftliche Anmeldungen.

STARCH

verwenden bei Beschwerden und Störungen nur **Starch**

Müllers Tropfen

Flasche 10 Mark

direkter Postversand. **Rif. Rauch**

Sanitätsgehilfe **„Medico“** Nürnberg.

Dr. Hützel

Krampf Husten - Tropfen

sind vorrätig

in allen Apotheken

Turn-Verein Wildbad.

Der Verein begehrt sein

Anturnen

am 25. Mai 1919.

Mittags 2 Uhr: Umzug mit Musik durch die Stadt. Anschließend

Schanturnen auf dem Turnplatz.

Abends 7 Uhr

Familien-Abend,

verbunden mit musikal. und gefangl. Vorträgen und Tanz.

Die Ehrenmitglieder und passiven Mitglieder des Vereins mit ihren Familienangehörigen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Eintrittspreis für Nichtmitglieder

Herren 2 Mark Damen 1 Mark

Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

wünschten sich am Montag, den 26. d. Mts. abends 8 Uhr im Lebenszimmer der „alten Linde“ einzufinden, um Mitteilungen von der „Württemb. Vereinigung der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen, S. V.“ entgegenzunehmen.

Walz.